

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennige, Todes- und Verfallungsanzeigen die Zeile 10 Pfg. — Sämtliche Postaufkanten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Vorstandes. — Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1906. — Ferien. — Feuilleton: Wie heißt die Natur? — Zwölf Gebote aus den gewerkschaftlichen Jugendjahren. — Korrespondenzen (Münchberg, Frankfurt am Main, Kirchhain, K.-B.). — Briefkasten. — Adressenverzeichnis der Vorstände unserer Zahlstellen. — Anzeige.
Beilage: Der X. Verbandstag der Buchbinder. — Korrespondenzen (Berlin II, Leipzig, Magdeburg).

Mitteilungen des Vorstandes.

Von verschiedenen Zahlstellen stehen noch die Karten für die amtliche Statistik aus. Wir bitten um umgehende Einsendung derselben.

Der Vorstands-Vorstand.

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1906.

Während die organisierte Arbeiterschaft in dem von Jahr zu Jahr sich intensiver gestaltenden Kampfe mit dem Unternehmertum Millionenopfer zu bringen genötigt ist; während die Massenstaatspolizei im Dienste des Unternehmertums mit kleinlichen Schikanen dem Wirken der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter versucht Einhalt zu tun, und die Mineure an der Koalitionsfreiheit im Schweige ihres Angeichts sich abmühen, die Fundamente der gewerkschaftlichen Organisationen zu untergraben, vollzieht sich ganz geräuschlos und unbeirrt von dem allgemein inszenierten Kesseltreiben gegen die Gewerkschaften die Entwicklung der deutschen Arbeitersekretariate. Für diese fast ausschließlich von der organisierten Arbeiterschaft errichteten und unterhaltenen Institutionen wächst in der erfreulichsten Weise nicht nur das Interesse des Industrie-Proletariats, sondern sie finden auch bereits volle Sympathie bis in bürgerliche Kreise hinein. Das gemeinnützige Wirken der Arbeitersekretariate ist so oft und bei den verschiedensten Gelegenheiten von Gewerbeaufsichtsbeamten, Gewerbegerichten, Behörden und Sozialpolitikern in aufrichtig lobender Weise erwähnt worden, daß wir mit Berechtigung von allgemeiner Wertschätzung der Arbeitersekretariate in diesen Kreisen sprechen können. Auch in den kommunalen und staatlichen Verwaltungskörperschaften ist das Wirken der Arbeitersekretariate wiederholt Gegenstand der Erörterung gewesen, indem die Vertreter der Arbeiter in den genannten Körperschaften auf die Gemeinnützigkeit dieser Institute hinwiesen und die Notwendigkeit staatlicher und kommunaler Subvention derselben nachzuweisen suchten. Bei aller Anerkennung ihrer Tätigkeit haben aber die Sekretariate bisher nur in verschwindend geringem Maße Unterstützung seitens der Kommunen resp. des Staates gefunden. Solange eben die Arbeiterschaft ihre mit eigenen Mitteln unterhaltenen Institutionen dem Gemeinwohl dienstbar macht, wird dieser Gemeinfinn auch von unserem sattem Bürgertum lobend anerkannt; wird aber von den Arbeitern verlangt, daß die Mittel zur Unterhaltung solcher, dem Gemeinwohl dienenden Institute auch von der Allgemeinheit getragen werden sollen, dann vernehmen sich die noch kurz vorher mit süßen Worten der Anerkennung gepriesenen Einrichtungen in den Augen bürgerlicher Volksvertreter in sozialdemokratische Unternehmungen, die im Interesse der

Staatserhaltung natürlich nicht unterstützt und gefördert werden dürfen.

So wird denn auch in Zukunft die Erhaltung der Sekretariate Aufgabe der Organisationen der Arbeiter sein. Ein Bedürfnis für solche Institute ist natürlich an allen Orten vorhanden, in denen ein etwas reges gewerkschaftliches und politisches Leben pulsiert, aber die Mittel zur Unterhaltung derselben sind trotz aller Bescheidenheit und Opferwilligkeit der organisierten Arbeiterschaft nur da aufzubringen, wo die Organisationen bereits eine gewisse Stärke erreicht haben.

Von den Ende 1906 bestehenden 85 Arbeitersekretariaten und Rechtshilfsbüros entfallen auf das Königreich Preußen 49, die sich in folgender Weise auf die Provinzen verteilen:

Provinzen Ost- und Westpreußen 00, Stadt Berlin 1, Provinz Brandenburg 6, Provinz Pommern 1, Provinz Posen 2, Provinz Schlesien 4, Provinz Sachsen 4, Provinz Schleswig-Holstein 1, Provinz Hannover 4, Provinz Westfalen 9, Provinz Hessen-Nassau 4, Provinz Rheinland 13.

Von den übrigen 36 Sekretariaten entfallen auf Bayern 8, Sachsen 6, Württemberg 1, Baden 4, Hessen 3, Mecklenburg-Schwerin 1, Sachsen-Weimar 1, Oldenburg 1, Braunschweig 1, Sachsen-Altenburg 1, Koburg-Gotha 2, Anhalt 1, Neuf. j. L. 1, Lübeck 1, Bremen 2, Hamburg 1, Elsaß-Lothringen 1.

Von den 85 Arbeitersekretariaten und Rechtshilfsbüros sind 83 an der Statistik beteiligt. Es fehlen Rendscheid und Zwickau. Ende 1905 bestanden 67 Arbeitersekretariate, von denen eins, Charlottenburg, wieder einging.

Von 70 Sekretariaten sind die Gewerkschaftskartelle finanziell beteiligt. Für 30 derselben werden besondere Beiträge nicht erhoben, sondern es werden die Ausgaben aus der Kasse des Kartells bezahlt. 40 Kartelle erheben besondere Sekretariatsbeiträge. Der Jahresbeitrag beträgt in

Sekretariaten 11 6 7 1 9 1 1 3 1
Pfennige . . . 120 104 80 70 60 52 42 40 28

Zur Unterhaltung trugen außerdem bei in 29 Orten die Parteiorganisation, in 13 Orten die Redaktion des Parteiorgans oder sonstige Arbeiterunternehmungen. Die Sekretariate in Rattowitz und St. Johann werden ausschließlich von der Generalkommission unterhalten. Das Sekretariat in Pant erhält Zuschuß von drei Kommunen, das Sekretariat Koburg ist keine gewerkschaftliche Einrichtung, sondern wird gemeinsam von Stadt und Staat Koburg unterhalten. Einen Staatszuschuß erhält auch das Sekretariat Gotha, und zwar jährlich im Betrage von 2000 Mk.

Die Frequenz der Sekretariate von 1901—1906.

Jahr	Zahl der am Statist. beteiligten Sekretariate	Gesamtzahl der Auskunfts- und Rechtshilfs-suchenden	Von den Auskunfts- und Hilfs-suchenden waren Arbeitnehmer oder deren Angehörige		Von den auskunfts- und hilfs-suchenden Personen waren gewerkschaftlich organisiert		Von sämtlichen Auskunfts-suchenden wohnten nicht am Orte des Sekretariats		Gesamtzahl der Fälle, in denen Auskunfts- und Rechtshilfe gewährt wurde
			Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	Zahl	Proz.	
1901	29	167 363	90 715	54,2	74 655	44,6	34 324	20,5	173 548
1902	32	195 679	121 469	62,1	97 501	49,9	45 531	23,3	197 927
1903	36	200 575	123 624	61,6	106 787	53,2	45 156	22,5	205 906
1904	48	226 260	157 168	69,0	130 208	58,0	59 231	26,2	238 540
1905	67	233 767	262 111	92,0	160 264	59,0	73 555	25,9	295 374
1906	83	365 132	345 300	94,5	228 105	63,0	98 693	27,0	322 261
—	—	1 498 776	1 100 387	76,4	797 520	55,4	356 490	24,8	1 493 556

Die Gesamtzahl der Auskunfts-suchenden im Jahre 1906 betrug 365 132, davon 293 094 männliche und 52 206 weibliche Arbeitnehmer oder deren Angehörige, 15 341 selbständige Gewerbetreibende und sonstige Personen und 2267 Behörden, Vereine und Korporationen. Das Elberfelder Sekretariat hat 224 Auskunfts-suchende angegeben, jedoch ohne nähere Angabe bezüglich Stand und Geschlecht. Von den auskunfts-suchenden Personen waren 228 105, gleich 63 Prozent, gewerkschaftlich organisiert. Die Zugehörigkeit zu den politischen Organisationen wird nicht in allen Sekretariaten registriert. Angaben darüber liegen von 59 Sekretariaten vor und es beträgt die Gesamtzahl der politisch organisierten Auskunfts-suchenden dieser Sekretariate 15 207. Gewerkschaftlich und politisch organisiert waren nach den Angaben von 57 Sekretariaten 39 516 Auskunfts-suchende.

In 382 261 Fällen wurde Auskunft erteilt und davon 49 926 Fälle schriftlich erlangt. Die Gesamtzahl der Besuche und schriftlichen Auskunfts-gesuche betrug in 82 Sekretariaten 397 250.

Von sämtlichen die Sekretariate in Anspruch nehmenden Personen wohnten 264 197 am Orte des von ihnen in Anspruch genommenen Sekretariats, während 98 693 Besucher aus anderen Orten kamen. Die Gesamtzahl der Orte, die aber nur von 73 Sekretariaten festgestellt worden ist, beträgt 9135. Die Zahl der Auskunfts-suchenden ist von 167 363 im Jahre 1901 auf 365 132 im Jahre 1906, und die Zahl der Fälle, in denen Auskunft erteilt wurde, von 173 548 im Jahre 1901 auf 382 261 im Jahre 1906 gestiegen. Insgesamt wurde von den deutschen Arbeitersekretariaten in den letzten sechs Jahren an 1 438 776 Auskunfts-suchende in 1 493 556 Fällen Auskunft und Rat erteilt.

Ein gutes Zeichen des Fortschrittes auf gewerkschaftlichem Gebiete ist es jedenfalls, daß das Verhältnis der gewerkschaftlich Organisierten zur Gesamtzahl der Auskunfts-suchenden stets günstiger wird. 1901 waren nur 44,6 Prozent der Auskunfts-suchenden gewerkschaftlich organisiert. Von Jahr zu Jahr ist der Prozentsatz der Organisierten gestiegen, und beträgt derselbe im Jahre 1906 bereits 63,5 Prozent. Auffallend ist, daß 1901 nur 54,2 Prozent, 1906 dagegen 94,5 Prozent der Auskunfts-suchenden als Arbeitnehmer bezeichnet sind. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß in den letzten Jahren die Angehörigen der Arbeitnehmer ebenfalls in dieser Gruppe gezählt wurden, während vorher die meisten Sekretariate diese zu den „sonstigen Personen“ zählten.

Insgesamt wurden im Jahre 1906 in den Sekretariaten 91 969 Schriftsätze angefertigt, von denen 25 288 die Unfallversicherung, 3450 die Krankenversicherung, 1806 das Knappschaftswesen, 3928 die Invalidenversicherung, 9104 den Arbeits- und Dienstvertrag und 650 die Gewerbeaufsicht betrafen. Insgesamt sind in den Jahren 1901 bis 1906 367 115 Schriftsätze angefertigt worden. Davon betrafen die Arbeiterversicherung 119 089 = 32,4 Prozent, den Arbeits- und Dienstvertrag 20 055 = 5,5 Prozent, die Gewerbeaufsicht 1757 = 0,5 Prozent, sonstige Sachen 209 107 = 57,0 Prozent.

(Schluß folgt.)

Ferien.

Während der heißen Sommermonate, in denen die fast senkrecht fallenden Sonnenstrahlen Hundstagshitze bewirken, kann man beobachten, daß alle die der Klasse der oberen Zehntausend Angehörigen, das Unternehmertum, die Rentiers und alle die Drohnen der bestehenden Gesellschaftsordnung sich in die Berge oder an das Meeresgestade begeben, um fern von der Häuserenge sich von ihrer „aufreibenden Tätigkeit“ erholen zu können oder Teilung von wirklichen und eingebildeten Leiden zu finden. Auch die Lehrer und die in den staatlichen, kommunalen und privaten Büreaus beschäftigten Beamten haben den Wert und die Notwendigkeit des „Ausspannens“ aus der alltäglichen Beschäftigung erkannt und sich deshalb Sommerferien gesichert.

Leider aber gibt es für die arbeitende Klasse, für all die Männer und Frauen, die in langer, harter Arbeitsstrenge tagen, tagaus Körper und Geist aufreiben und zerrütten, heute noch keine obligatorisch eingeführten Sommerferien. „Ferien“ gibt es für die Arbeiter nur, wenn das graue Gepeinert der Arbeitslosigkeit in Begleitung von Not und Sorge sich einstellt, oder wenn es dem koalitierten Unternehmertum einfällt, die oder jene Berufsgruppe zur Strafe für ihre „Freiheit“, Wünsche zur Verbesserung ihrer Lebenslage zu äußern, brutal aufs Pflaster wirft und sie wochenlang aussperrt, was ja dieselben Folgen wie die Arbeitslosigkeit für die zum unfreiwilligen Feiern Gezwungenen mit sich bringt.

Und doch hat vor allem die Arbeiterschaft ein Anrecht auf Ferien unter Fortzahlung des Lohnes; ist sie es doch, die der bestehenden Klasse durch ihre Arbeitsleistung den Platz am Tisch des Lebens bereitet hat, so daß sie die Annehmlichkeiten und Schönheiten des menschlichen Lebens in vollen Zügen genießen kann. Bemerken wollen wir hierbei,

daß es zwar im graphischen Gewerbe verschiedentlich der Fall ist, daß Ferien gewährt werden, aber unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen. Müßten wir uns doch vor kurzem erst durch den Brief eines Druckereibesizers belehren lassen, daß die für die Gesamtheit einschließlich des Stützpersonals eingeführten Ferien nicht alle Jahre verlangt werden könnten, sondern sich deren Gewährung nach der Konjunktur des Geschäftes und nach dem Verhalten des Personals richte, also mit anderen Worten eine Gnade des Herrn Prinzipals sei. Und in wieviel Fällen muß die Arbeit der in den Ferien sich Befindenden durch das übrige Personal mit erledigt werden, denn Unkosten dürfen die „Wohltaten“ den Herren Unternehmern durchaus nicht verurursachen; dieses würde den Profit schmälern. Nach außen hin möchte man sich als sozialpolitisch fortgeschritten und arbeiterfreundlich zeigen, aber der Profit darf dabei nicht leiden.

Ausnahmen gibt es ja, was wir unumwunden zugeben wollen, sind es doch vor allem unsere Parteidruckereien, die ihrem Personal ohne Unterschied jährlich eine Ruhezeit unter Fortbezahlung des Lohnes gewähren; auch einige einsichtige bürgerliche Druckereibesitzer gestatten ihren Arbeitern und Arbeiterinnen ohne jede Vorbedingung die Annehmlichkeit eines Urlaubs im Jahre. Aber diese Glücklichen sind nur ein verschwindender Teil von all den Laufenden, die der täglichen Fron ohne Unterbrechung jahraus jahrein unterworfen sind. Aber ist es ein Wunder, daß die Zahl der einsichtigen Prinzipale so gering ist, wenn man sich vor Augen führt, wie man im Allgemeinen über Arbeiterferien in Unternehmertreuen und deren Vertretungen denkt? Hatte sich doch im vorigen Jahre die Bremer Handelskammer an dieselbe Vertretung in Chemnitz gewandt, um ihre Ansicht über die Notwendigkeit des Ferienteilens an das Arbeitspersonal kennen zu lernen. In dieser Antwort, die die Chemnitzer Handelskammer gibt, wird nun ausgeführt: Im Chemnitzer Handelskammerbezirk würde weder von Kommunen noch von Privatbetrieben Erholungsurlaub gewährt. In der Regel besteht ein solcher Urlaub nur für Bureaubeamte, technische Angestellte und vereinzelt auch für Werkmeister. Dann aber heißt es wörtlich weiter:

„Im übrigen dürfte es auch viel zu weit gehen, Erholungsurlaub für Leute einzuführen, die nur körperlich tätig sind und unter die Gesundheits nicht schädigenden Verhältnissen arbeiten. Für Beamte, die geistig tätig sind und, wie es in vielen Geschäften noch vorkommt, angestrengt tätig sein und häufig Ueberstunden machen müssen, die bei ihrer Tätigkeit

auch keine körperliche Ausarbeitung haben, erscheint die Erteilung von Erholungsurlaub gerechtfertigt. Für Arbeiter dagegen ist ein solcher Urlaub in der Regel nicht erforderlich. Die Beschäftigung dieser Personen ist an sich eine gesunde. Eine geistige Anstrengung kommt bei ihnen nicht vor, auch von körperlicher Anstrengung kann man bei ihnen nicht reden. Soweit Handarbeit überhaupt noch zu leisten ist, erfolgt sie in einer Weise und in einem Tempo, die von Ueberanstrengung der Kräfte weit entfernt ist. Die sanitären Verhältnisse — Lüftung, Heizung, Beleuchtung, Trinkgelegenheit, schnelle Hilfe bei Unglücksfällen usw. — sind wohl ausnahmslos günstig. Die Arbeitszeit, die neuerdings in der Mehrzahl der Betriebe zur Einführung gelangt ist (von früh 7 bis mittags 12 Uhr und von 1 bis 6 Uhr abends), ist zudem so bemessen, daß den Arbeitern völlig Zeit zur Erholung und Bewegung im Freien bleibt. Aus all diesen Gründen hat die Chemnitzer Handelskammer die Einführung des Sommerurlaubs für Arbeiter nicht als notwendig bezeichnet.“

Da hört man nun, daß ein Urlaub für die Arbeiter und auch für die Arbeiterinnen nicht nötig ist, weil von einer Ueberanstrengung nicht die Rede sein könne und weil die Beschäftigung an sich eine gesunde sei.

Zamoff! Die heute beliebten Arbeitsmethoden, Afford- und Prämienysteme usw., sind durchaus „gesund“, erst recht, wenn sie durch die bestehenden teuren Lebensmittelpreise hervorgerufenen Unterernährung so unterstützt werden, daß die Arbeiter meistens bereits Mitte der dreißiger Jahre abgearbeitet sind und ihre Spannkraft verloren haben, wenn sie nicht schon vorher einer tödlichen Krankheit zum Opfer fallen. Und nun erst die Arbeiterinnen, die vielfach schon in ihren Kinderjahren durch Nebenbeschäftigung einen Teil zum Einkommen der Familie mit beitragen müssen, oder wenn Vater und Mutter auf Arbeit ist, die häuslichen Verrichtungen und die Beaufsichtigung der übrigen Geschwister übernehmen mußten und dann mit ihrem 14. oder 15. Lebensjahre ins Joch der Fabrikarbeit gebrängt werden, die ihre Jugend dem Moloch Kapitalismus opfern und ihrer besten Kräfte beraubt in den Gestand treten. Alle diese Helden, blutarmen Geschöpfe sind die Mütter einer zukünftigen Generation. Ist es da ein Wunder, wenn die Degeneration von Menschengeschlecht zu Menschengeschlecht eine immer folgenschwerere wird? Aber für diese Arbeiterinnen sind ja Ferien, nach Ansicht der Chemnitzer Handelskammer, nicht notwendig, weil sie nach zehn- bis elfstündiger Arbeit noch Zeit

Wie heilt die Natur?*)

Natura sanat, medicus curat (die Heilung ist Sache der Natur, der Arzt hat nur dafür zu „sorgen“, daß sie hierbei nicht gestört wird).

Wenn wir uns in den Finger schneiden, so fließt sofort aus der Wunde Blut, und dadurch hat die Natur schon das Heilverfahren eingeleitet; denn das ausfließende Blut spült bei der Verletzung etwa eingedrungene, schmutzige oder schädliche Stoffe aus der Wunde heraus. Sind diese fremden Substanzen freilich in größerer Menge eingedrungen, oder sind sie giftiger Natur, so genügt das ausfließende Blut allein nicht zur Beseitigung derselben. Es muß dann die ärztliche Kunst zu Hilfe kommen, wenn nicht gefährliche Entzündungen oder gar Blutvergiftung eintreten sollen. Auch bei größeren Verletzungen muß der Arzt die getrennten Wundränder miteinander verbinden und zusammenschließen, und außerdem alles das fernhalten, was auf den Heilungsvorgang irgendwie schädlich einwirken könnte; auf den letzteren selbst jedoch, auf die organische Wundereinigung des Getrennten, hat der Arzt keinen Einfluß. Die Wachstums- und Neubildungsvorgänge in den Zellen des verletzten Gewebes geschehen ohne jedes Zutun menschlicher Heilkunst. Wohl staunen wir mit Recht über die riesenhafte Ausdehnung des Gebietes, welches die operative Chirurgie durch die antiseptische Wundbehandlung erobert hat, und segnen die große Götterthat ihres Erfinders Lister, welche es ermöglicht, zahllosen Verwundeten durch die Ausführungen operativer

Eingriffe das Leben zu erhalten, die Gesundheit wiederzugeben. Und doch besteht der hierdurch bedingte Fortschritt nur darin, daß der jetzt unter dem Schutze der Antisepsis erlaubte chirurgische Eingriff dem krankhaften Prozeß überhaupt die Möglichkeit einer unge störten Heilung verschafft. Aber diese Heilung selbst geschieht durch Vorgänge, welche der ärztlichen Machtsphäre entrückt sind.

Betrachten wir nun weiter an der Schnittwunde die Heilkraft der Natur. Dadurch, daß alsbald das Blut an der Luft gerinnt, bildet es auf der Wunde einen Pfropfen, „Schorf“ genannt, der die Wunde nach außen hin abschließt und sie vor Verunreinigung, vor Druck und Stoß schützt. Durch den Schnitt sind aber auch sehr viele der ganz feinen Blutgefäße (Kapillarien) durchtrennt worden, welche unseren Körper in unzähliger Menge als äußerste Verzweigungen des Blutgefäßsystems durchziehen. Man bedenke nun, welche heillose Unordnung sonst in einer Nährleitung angerichtet wird, wenn irgendwo z. B. ein Wasser- oder Gasrohr platzt. Sofort muß der Hauptstamm geschlossen und die ganze Leitung abgestellt werden. Und hier ist durch jenen Schnitt ebenso der Blutkreislauf unterbrochen, der aber keinen Augenblick stille stehen darf, weil sonst auch das Leben überhaupt aufhört. Wie hilft sich da nun die Natur? Durch das geronnene Blut, den Schorf, verstopft sich einfach die verletzte Stelle ganz von selbst und es bilden sich neue Blutröhren. Auch findet in der Umgebung der Wunde eine bedeutende erhöhte Blutzufuhr statt, damit möglichst schnell neue Gewebszellen, neues Fleisch und neue Haut erzeugt werden können; denn Blut ist der „Lebenssaft“, aus dem alle anderen Vermehrten Blutausfluß pflegt auch die Umgebung

einer Wunde gerötet, angeschwollen und sehr warm zu sein. Sind endlich die neuen Gewebe fertig und hat sich eine frische Haut darüber gebildet, dann hat der Schorf seine Schuldigkeit getan, er fällt ab. Und dies alles bewirkt die Natur ganz von selbst, ohne unsere Hilfe. Beim gelehrtesten medizinischen Professor findet die Heilung nicht vollkommener statt als beim unskultiviertesten Hottentotten.

Betrachten wir ein anderes Beispiel. Wenn uns etwas ins Auge fliegt, so fängt es bekanntlich sofort an zu tränen. Dies ist von überaus großem Vorteil, denn dadurch kann der Fremdkörper das Auge nicht mit seinen spitzen Ecken oder Ranten verletzen, sondern er schwimmt jetzt frei in dem Augenwasser und kann nun leichter entfernt werden, oder er fließt sogar mit den herabrollenden Tränen von selbst heraus. Nur wenn der Gegenstand besonders groß ist, müssen wir nachhelfen oder uns helfen lassen. Für gewöhnliche Fälle aber hat eben die Natur das Auge auf Selbsthilfe angewiesen durch Schaffung von Tränenröhren, welche bei der geringsten Reizung das Auge mit Strömen reinigenden Wassers überfluten.

Sind Staub oder Speiseteile in die Stimmröhre oder in die Luftröhre geraten, dann entsteht sofort ein fürchterlicher Hustenreiz, durch welchen mit explosionsartiger Heftigkeit die fremden Körper herausgeschleudert werden. Würde sich die Natur auf diese Weise nicht selbst helfen, so kämen häufig Erstickungen vor, oder es müßten wenigstens sehr oft schwere Operationen gemacht werden, um den Fremdkörper zu entfernen. Dies ist erst nötig, wenn ein zu großer Gegenstand, z. B. ein Knochen, sich im Halse festgesetzt hat, so daß die natürliche Kraft des Hustens allein zu seiner Herausstoßung nicht mehr genügt. Dann muß der Arzt operativ eingreifen,

*) Aus: „Der Aitheist“, illustrierte Wochenschrift für Volksaufklärung, Nürnberg.

genug haben, sich im Freien aufhalten zu können. Die Herren scheinen aber gar nicht zu wissen, daß nach dieser zehn- bis elfstündigen Arbeitszeit in der Fabrik für die verheiratete Arbeiterin teils noch eine drei- bis fünfstündige nachfolgt, in welcher sie sich dem Haushalt, dem Manne und den Kindern widmen muß, oder glauben diese Herren etwa, daß jede verheiratete Arbeiterin, ein Dienstmädchen oder Aufwartung bei ihrem horrenden Lohne sich halten könne, um nur heim zu kommen und die Beine unter den Tisch zu stecken? Liegen die Verhältnisse nicht ebenso bei den ledigen Arbeiterinnen? Die ihre freie Zeit zur Instandhaltung ihrer Bekleidung ausnützen oder gar im Haushalt der Eltern mit helfen müssen, wenn sie nicht gar gezwungen sind, infolge ihrer geringen Entlohnung sich noch durch Nebenbeschäftigung einige Groschen zu verdienen.

Abgerackert, müde und freudlos kehrt die Arbeiterin heim, infolge der körperlich anstrengenden und nervenaufreibenden Tätigkeit, und kaum hat sie Zeit zu einer Unterhaltung oder Gedanken-austausch mit dem Manne oder den Familienangehörigen. Denn nicht nur die Körperkraft ist aufgebraucht in der langen, schweren Fron, sondern auch der Geist ist stumpf und die Fröhlichkeit getöbet worden, und nur das Verlangen nach Ruhe ist vorhanden, dem aber leider nicht Rechnung getragen werden kann, wie es wünschenswert wäre.

Wie muß doch den Unternehmern das Herz im Leibe lachen ob solch einer Argumentation ihrer Interessvertreter. Mit Recht schrieb damals das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften: „Dieses „Gutachten“ erwecke den Eindruck, als hätte der Gutachter von den Arbeitsbetrieben nur von außen Kenntnis, als hätte er noch nie einen Fuß in den Fabriksaal gesetzt. Daß er von der reichhaltigen sozialpolitischen Literatur, von den Ergebnissen der Arbeiterversicherung, von den Parlamentsverhandlungen über Fragen des Arbeiterlöhnes nicht unterrichtet ist, macht ihn zweifelsohne zum Gutachter einer Handelskammer geeignet.“ Dieses Gutachten wirkt weniger überraschend, wenn wir bedenken, daß diese Ansichten nicht nur alleinige Meinung der Vertreter der Chemnitzer Handelskammer, sondern im allgemeinen in derartigen Kreisen vertreten sind. Sie lassen sich aber nur daraus erklären, daß diese Kreise noch nicht am eigenen Leibe verspürt haben, was es heißt, sein Leben lang als moderner Lohnknecht zu müssen.

Nicht nur, daß man für die Arbeiter und Arbeiterinnen die Notwendigkeit der Erholung leugnet, man scheint auch der Jugend des Proletariats nicht einmal die Schulferien zu gönnen. Die er-

bärmliche Entlohnung der Eltern zwingt die Kinder, frühzeitig zu verdienen, und gewissenlose Arbeitgeber bemächtigen sich dieser billigen Arbeitskraft trotz aller Kindererschutzgesetze. Besonders schlimm sieht es mit der Ausbeutung der Kinder in der Landwirtschaft aus. Die geschlichen Schulklassen genügen den Herren Mühenbaronen nicht. In den Provinzen Sachsen und Pomern erhalten die beiden ersten Schulklassen besondere Ferien, damit die Herren über billige Arbeitskräfte zum Mühenverziehen verfügen können. Für 50 bis 80 Pf. Tagelohn werden diese jungen Arbeiter glühendem Sonnenbrande oder strömendem Regen preisgegeben. Abends schleichen diese Kinder müde, mit schlaffen Äugen und gebeugtem Rücken, heim. Statt während der Ferien körperliche Erholung zu finden, findet die körperliche und geistige Verelendung ihre Fortsetzung.

Für die Jugend des Proletariats heißt es nicht: „Jugendzeit, wie bist Du schön!“ Darum, Ihr Arbeiter, Ihr Arbeiterinnen, es gilt nicht nur, für die Jugend die Jugendzeit zurück zu erobern! Nein, auch wir alle, die wir der täglichen Fron unterworfen sind, müssen dahin streben, daß mit jeder Form der Ausbeutung der menschlichen Arbeit aufgeräumt wird, sie in eine freie, genossenschaftliche und selbstbestimmende Arbeit umzuwandeln, muß unser höchstes Ziel sein; denn jede Stunde der Erlösung von der Erwerbsarbeit bedeutet ein erobertes Stück Leben, ein Neuerleben als Mensch. Um dieses erreichen zu können, müssen wir uns den modernen Arbeiterbewegungen, der Gewerkschaft sowie der Partei anschließen. Dann werden auch wir als vollwertige Glieder der menschlichen Gesellschaft an den Genüssen und Annehmlichkeiten des Lebens teilnehmen können.

Korrespondenzen.

Mugsburg: Versammlung vom 22. Juni 1907. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde nach längerer Debatte angenommen. Den Kartellbericht gab der Vorsitzende Kollege Schmid, der in der letzten Gewerkschaftssitzung den Bericht über die Lohnbewegung bei der Firma Fiel erstattete. Der Vorsitzende vom Gewerkschaftsberein gratulierte unserer jungen Zahlstelle und wünschte, daß wir auch in Zukunft noch mehrere solcher glänzenden Siege erringen. Der Gewerkschaftsberein hat auch vier Theatervorstellungen bei ermäßigten Preisen reserviert; es finden zwei davon im Kurhaus in Göggingen und zwei im Sommertheater in Oberhausen statt. Unter Verschiedenem wollte Kollege Schmid einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit unserer Organisation geben, weil aber die Versammlung zu

sich um ein Bedeutendes hebt, wenn Du einige Zeit Deine Beiträge an die Gewerkschaft gezahlt hast.

3. Du sollst Dir nicht einbilden, daß man mit niedrigen Gewerkschaftsbeiträgen sich hohe Löhne erringen kann, denn mit wenigen Opfern wird selten etwas Großes erreicht.

5. Du sollst nicht denken, es geht auch ohne mich in der Versammlung, denn wenn jeder Arbeiter so denken wollte, wie es leider häufig der Fall ist, dann ist es überhaupt mit der Gewerkschaft schlecht bestellt.

6. Du sollst nicht bei einer Versammlung Dich vorzeitig drücken.

7. Du sollst nicht bei einer Versammlung gar zu viel und über alles sprechen. Bedenke, daß es auch im schönsten Musikstücke Pauken geben muß.

8. Du sollst nicht kapitalistische Zeitungen kaufen, so lange Arbeiterzeitungen und ihre Existenz zu kämpfen haben.

9. Du sollst Dich nicht „Gewerkschaftsmitglied“ nennen, wenn Du nicht wenigstens ein Arbeiterblatt hältst, und mehr als eins, falls es Dir möglich ist.

10. Du sollst nicht vergessen, daß Arbeiterblätter, nachdem man sie gelesen, weitergegeben werden sollen, damit auch andere sie lesen. Arbeiterblätter sind für unsere Sache zu wertvoll, um zum Einwickeln benutzt zu werden, namentlich bevor man sie gelesen.

11. Du sollst nicht Bücher und Schriften, welche Dich in bezug auf die sozialen Verhältnisse aufklären und Dir den Weg zur Besserung Deiner Klassenlage zeigen können, unbedacht lassen, um dafür erfundene Geschichten — oft recht dumme erfundene — zu lesen. Die soziale Wissenschaft, von den Arbeitern verstanden, wird die sozialen Verhältnisse derselben um ein Bedeutendes besser gestalten.

12. Du sollst nicht das Obige vergessen.

schwach bejuckt war, so wurde dies zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Ein Antrag, einer Kollegin, die sieben Wochen krank war und ihre Karenzzeit noch nicht hinter sich hat, 5 Mk. aus der Lokalkasse zu bewilligen, fand einstimmig Annahme, und es wurde auch bei dieser Anwesenheit der am 1. Juli in Kraft tretende Lokalbeitrag noch näher besprochen. Kollege Schmid kritisierte mit scharfen Worten das traurige Verhalten der Kolleginnen bei der Firma Burger, wo in letzter Zeit vier Fälle vorkamen, wo sie ohne Kündigung, resp. ohne dieselbe eingehalten zu haben, dem Geschäft ferngeblieben sind. Er wies streng darauf hin, daß derartige Fälle nicht mehr vorkommen sollen, denn die Kollegenschaft hat jederzeit zu gewärtigen, daß wenn der Unternehmer auf dem Gewerbegericht Klage stellt, sie laut Gewerbeordnung verurteilt werden. Ueber den am 1. Juni stattgefundenen Ausflug kann noch nicht gesprochen werden, weil viele an demselben infolge der zweifelhaften Witterung nicht teilgenommen haben. Man einigte sich nun dahingehend, daß am nächsten schönen Sonntag nochmals ein Ausflug stattfindet, und zwar nach Burgwalden. Am Schluß angefangen, wünschte der Vorsitzende, daß die nächste Versammlung besser besucht wird als die heutige.

Frankfurt a. M. Außerordentliche Generalversammlung vom 9. Juni 1907. Nachdem die Versammlung zum zweitenmal einberufen war, ist es sehr bedauerlich, daß wiederum der Besuch sehr viel zu wünschen übrig ließ. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen, sodann erstattete Kollege Kolb den Geschäftsbericht, welcher für die Zahlstelle nicht sehr erfreulich ist. Zwölf Kolleginnen haben uns wieder, nachdem wir für dieselben im Feuer standen, den Rücken gekehrt. Die Kollegen bei der Firma Mühllein u. Co. teilten uns mit, daß sie austreten, weil sie dem Geneselferbund beitreten wollen. Dies müssen wir bei diesen langjährigen Kollegen nicht für schön heißen; übrigens würden sie im Geneselferbund nur als Krankentafelmitglieder aufgenommen und nicht gewerkschaftlich organisiert sein, wodurch sie bei etwaigen Vorkommnissen keinen Schutz hätten. Öffentlich überlegen sich die Kollegen den geplanten Schritt reiflich. Bei der Firma Schürmer u. Mahlau sind zwei Entlassungen vorgekommen, die als Opfer des Tarifes bezeichnet werden können. Es ist anzunehmen, daß der Herr Faktor daselbst sein Möglichstes dazu beigetragen hat. Auch die übrigen sechs Kolleginnen haben sich dadurch zur Abmeldung hinhängen lassen, worauf wir jedenfalls noch zurückkommen werden.

Kollege Wischhoff, der durch die Metallarbeiterausperrung mit betroffen ist, wird von unserer Zahlstelle unterstützt. Kollege Schaub erstattet sodann Bericht über das ausgearbeitete Regulativ, welches bis auf einige Abänderungen angenommen wird. Ein Antrag, den Lokalbeitrag von 10 Pf. auf 20 Pf. zu erhöhen, wurde abgelehnt. Unter Verschiedenem fanden örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung. Hierauf Schluß.

In **Kirchhain N.-O.** fand am Sonnabend, den 6. Juli, eine Besprechung der Kollegen und Kolleginnen von A. Knauer u. Cie. statt, welche den Zweck hatte, die im Absterben begriffene, seinerzeit schnell aufgelöste Zahlstelle in neue Bahnen zu leiten. An dieser Zusammenkunft hatten sich getreue Mitglieder, die Steindruck- und Lithographen sowie auch die Kartellvertreter eingefunden. Kollege Schulze-Weitzig, vom Hauptvorstande entsandt, führte den Anwesenden vor Augen, wie mehrere Mitarbeiterinnen auf das Mandat der Geschäftsleitung für einen Zubehörslohn geneigt sind, dem Verband und der Zahlstelle den Rücken zu kehren auf Grund einer Zulage, welche doch nur aus Furcht vor der im Entstehen begriffenen Zahlstelle gewährt würde. Schöner könne die Wirksamkeit des vereinigten Hilfspersonal nicht zum Ausdruck kommen, als wenn die Betriebsleitung einseht, daß dem hiesigen Personal zu niedrige Löhne gezahlt würden. Daß die Firma verlangt und erwartet, daß die Mitarbeiterinnen ihre Zahlstelle im Stiche lassen, mögen die Kirchhainer ruhig und mutig zurückweisen, was denn auch von den Anwesenden zugesagt wurde und somit die Hoffnungen der Firma samt der Vorgelegten sich nicht verwirklichen werden. Da der jeweilige Vertrauensmann sehr bald in die Reihen der Vaterlandsverteidiger eintritt, war man seitens aller Anwesenden voll und ganz damit einverstanden, die Leitung der Zahlstelle dem Gewerkschaftskartell zu übertragen. Die Leiter des Kartells werden sofort in eine Hausagitation eintreten, um dadurch das Mandat der Firma mit Erfolg zu durchkreuzen. Sämtliche anwesenden Kollegen und Kolleginnen versprechen, die entstandenen Rechte nachzuholen und ihre Mitarbeiterinnen in derselben Weise hierzu aufzumuntern. Das Kartell wird die Agitation auch auf die Buchdruckerei, wo noch 50 Gutenbergbinder dominieren, ausdehnen, und somit dürfte die Gefahr der Vernichtung der

wenn der Patient nicht etwa schon vorher an Erstickung zugrunde geht.

Auch der Magen weiß sich bei Gefährdung seines Wohlergehens zunächst selbst zu helfen. Wird ein giftiger Stoff geschluckt, so stellt sich Erbrechen ein und befördert ihn schleunigst wieder nach außen. Dasselbe geschieht, wenn wir uns den Magen durch zu viel Essen oder Trinken überladen haben, so daß er nicht alles verdauen kann. Dabei benimmt sich also unser Magen eigentlich klüger als wir selbst.

Diese Beispiele von der Heilkraft der Natur mögen genügen, um zu zeigen, welche fürsorglichen Schutzengel wir in ihr besitzen. Daber besteht auch die Hauptaufgabe der ärztlichen Kunst zunächst darin, den Heilungsprozeß der Natur zweckmäßig zu unterstützen und die Ursache der Krankheit zu beseitigen. Die ärztliche Heilkunst vermag einmal die Natur nicht zu meistern, sondern kann ihr nur treu beobachtend folgen. Aber gerade die Wahrung dieses Grundgesetzes verbürgt ein wirklich hilfreiches Können, sie liefert auch den Schlüssel zu dem Geheimnis des mächtigen Erfolges der wahrhaft großen Ärzte.

Dr. Hans Fröhlich.

Zwölf Gebote aus den gewerkschaftlichen Jugendjahren.

1. Du sollst nicht glauben, daß eine Gewerkschaft nur zum Streifen da ist, sondern stets eingebettet sein, daß dieselbe auch noch andere Aufgaben zu erfüllen hat.

2. Du sollst nicht meinen, daß eine Gewerkschaft deshalb nichts wert ist, weil Deine Idee nicht oder nicht immer Anklang findet.

3. Du sollst nicht erwarten, daß Dein Lohn gleich

Zahlstelle Kirchhain befreit sein. Wenn jeder sein Versprechen einlöst, wird's auch hier diesmal langsam aber sicher vorwärts gehen. Zum Trutz aller unserer Feinde! Zum Schutz der Verbandsmitglieder!

Briefkasten.

B. W.-w. Berlin. Der Artikel eignet sich nicht zur Aufnahme. Abgesehen davon, daß sehr vieles aus seinem Inhalt bereits von anderer Seite gesagt wurde, liegt im Augenblick auch kein Grund vor, die K. R. wegen der Apparaturfrage anzugreifen. Ebenso scheint uns der Monolog über das Zukunftsdenken der Allgemeinen Bestimmungen dreiviertel Jahre zu spät geboren zu sein. — **D. A., Berlin.** „Eingefandt“ in nächster Nummer; muß eine andere Form bekommen. — **A. R., Frankfurt.** Nächste Nummer. — **A. R., Leipzig.** Mit Dank akzeptiert.

Adressenverzeichnis

der Vorstände unserer Zahlstellen.

(Die zuerst angeführte Adresse ist die des Vorsitzenden, die zweite die des Kassierers.)

- Aachen.** Otto Solick, Aureliusstr. 46.
Aitenburg, S.-A. Max Griffl, Eisenstr. 29, III. — Frau Marie Wödel, Stiftsgraben 25.
Augsburg. Joh. Schmid, D 117, 1. Stock, Jägergasse. — Joseph Ludejoh, ebenda.
Barmen und Elberfeld. August Neumann, Elberfeld, Schreinerstr. 22. — Willy Wittig, Elberfeld, Brunnenstr. 4.
Baugen. Ernst Klingler, Unt. Schloß 27. — Max Gried, Aurb. 29.
Berlin, Zahlstelle I. Frau Sophie Teske, SO. 36, Mantuffelstr. 59, II. — Adelheid Rickelmann, S., Alte Jakobstr. 5, Hof II. Teleph: Amt IV, 4163.
Berlin, Zahlstelle II. August Moriz, Alte Jakobstr. 5, Hof II. — Otto Baumgarten, ebenda. Teleph: Amt IV, 4163.
Berlin, Zahlstelle III. Steinbruderei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Otto Lust, gleichzeitig Arbeitsnachweiser, Alexandrinenstr. 44, Graph. Vereinshaus. Teleph: Amt IV, 11 668. — Frä. Margarethe Pundt, Baruterstr. 5.
Bielefeld. Alwin Hennemann, Rosenstr. 30. — Helene Schulz, Völlensbederstr. 72.
Böhm, Westf. Frieda Sachse, Biemelhauserstr. 40.
Bremen. Heinrich Schab, Kreflowshof 6. — Fr. Schwiering, Lehnstedterstr. 30. — Der Arbeitsnachweiser ist bei Dierts, Brautstr. 16.
Breslau. Albert Abend, Seidlichstr. 16, IV. — Paul Scholz, Binzenerstr. 12, III. — Arbeitsnachweiser: Sprechzeit von 12½-1½ mittags und abends von 7-8 Uhr.
Brieg. Hermann Hein, Grüner Weg 2. — Hermann Moriz, Kirchr. 5, III.
Burgkäßt b. Chemnitz. Paul Lange, Augustusstraße 27, II.
Cassel. Georg Sauer, Leipzigerstr. 19, Seitenflügel I. Arbeitsnachweiser ebenda. — Willy Tribus, Wolfsangerstr. 84.
Chemnitz. Reinhold Lindner, Waldburgerstraße 57. — Magdalene Müller, Zahnstr. 42, III I.
Coblenz a. Rh. E. Kaufmann, Neuendorf bei Coblenz, Blanckweg 43, II.
Crimmitschau. Max Vogel, Königsstr. 8. — Guido Fischer, Frankenhäusen, Viehweg 1.
Darmstadt. Christoph Klinger, Fuhrmannstraße 9. — Ernst Menges, Landwehrstraße 47.
Danzig. Marie Klein, Hintergasse 31. — E. Barwin, Danzig-Danzig, St. Michaelsweg 59.
Dortmund. Gustav Ditmann, Kirchengstr. 10.
Dresden. Paul Hermann, Baugenerstr. 75, IV. — Kassierer und Arbeitsnachweiser Oscar Krumpfert, Raubachstr. 16, I. Der Nachweiser ist von 8-1 und 4-7 Uhr geöffnet. Telephon: 2700.
Düsseldorf. Otto Gruschke, Kirchfeldstr. 112.
Essen a. Ruhr. William Michel, Kastanienallee 88-90.
Frankfurt a. M. Anton Walb, Zeil 14, I. — Joseph Thomas, Allerheiligenstr. 65.

- Freiburg i. Br.** G. Meier, Kaiserstr. 25a. — Anton Klotz, Kaiserstr. 86.
Fürth i. B. Carl Keßling, Nürnbergerstraße 178, III. — Joh. Stirnweiß, Blumenstr. 40, II.
Gießen. Ludwig Euler, Wießel, Kornblumenstraße.
Gotha. August Kästner, Margarethenstr. 30. — Hugo Merkel, Hüßelsgasse 35.
Hamburg. Adolf Glarner, Revalerstr. 4. — Karl Kirchner, Hammerbrookstr. 60, Hans 6 I. — Max Nordmann, Arbeitsnachweiser. — Bureau und Arbeitsnachweis ist Rosenbinderhof 57/66, Zimmer 44.
Hannover. Wilh. Sparkuhl, Linden, Fortunastraße 25a. — Blumhof, Engendorferdamm 81, I.
Halle a. S. Herm. Simon, Thorstr. 48. — Frä. Elise Wagner, Auguststr. 15, S. I. — Hans a. M. S. Salomon, Brückenstr. 4. — R. Gebser, Nürnbergerstr. 19.
Heidelberg. Gustav Müller, Pföfstr. 29. — Rudolf Englert, Krämergasse 11, III.
Hirschberg i. Schl. Gustav Mosig, Hartau bei Hirschberg, 19.
Karlruhe. Friedrich Siegel, Wielandstraße 16. — Robert Saible, Gottesauerstraße 16, IV.
Kaufbeuren. Joseph Burger, Restaurant Zum Bad, Nr. 1¼. — Ignaz Lutz, Unterer Berg 233.
Kempten i. B. Eugen Holzer, Klostersteig 1. — A. Albrecht, Hohe Gasse 920.
Kiel. Hermann Gilken, Bergstr. 11, Volkszeitung.
Kirchhain, N.-L. Max Lehmann, Hirtenstr. 5.
Köln a. Rh. Jakob Wils, Josephstr. 18.
Königsberg i. Pr. A. Bachmohr, Altstadt, Längengasse 12, I. — R. Jakob, Magisterstraße 40, II.
Lahr. Wilhelm Adler, Schützenstr. 85. — Karl Mellert in Burgheim Nr. 34 im Hinterdorf.
Leipzig. Otto Schulze, Dresdenerstr. 20. Pantleon. — Karl Wolfen, ebenda.
 Der paritätische Arbeitsnachweis befindet sich im Buchgewerbehaus, Leipzig, Platzstr. 1. Meldezeit der Kolleginnen aller Branchen vormittags von ½9-½10 Uhr, nachmittags von 3-4 Uhr; Meldezeit der männlichen Kollegen aller Branchen vormitt. von ½10-½11 Uhr, nachmittags von 4-5 Uhr.
Ludwigshafen a. Rh. F. Fröhling, Simburgstraße 24. — Frau Bertha Rheinfrank.

- Magdeburg.** Paul Götstein, Lüneburgerstr. 37, Hof III. — Frau Amalie Zietzen, Bahnhofstr. 54a, S. I.
Mainz. Otto Böhm, Kaiserstr. 16. — Karl Große, Rhabanusstr. 17.
Mannheim. B. Böllner, U. 5, 5. — Hugo Cassen, L. 1, 3, 4 Std.
Mühlhausen i. C. Charles Fritsch, Meberstraße 24. — Emilie Funk, Dornach bei Mühlhausen i. C., Gallingenstr. 62.
München. Albert Schmid, Belgradstr. 17, I. Frau Louise Burkert, zugleich Arbeitsnachweiserin, Hans Sackstr. 8, I. Mittelbau. S. I.
Naumburg a. S. Knobelshof, Gartenstr. 12. — Frau Anna Sildebrandt, Neuenhäuser 9, S. I.
Nürnberg. Hans Dagner, Landgrabenstraße 121, Hof 2 Treppen. — R. Keding, Bördere Beschlagergasse 25 part. — Der Arbeitsnachweis ist Bördere Beschlagergasse 25 part. Telephon 7419. Vermittlung an Wochentagen von 9-1 und von 4-7 Uhr.
Offenbach. Heinrich Unger, Louisestr. 78. — Marie Schliesmann, Französisches Gässchen 6.
Obernburg. Gerh. Eilers, Bürgerfelde b. Dödenburg, Scheideweg 11b. — Georg Zietzen, Burgstr. 28.
Pfauen i. B. Vertrauensmann Joh. Roth, Parkstraße 14, III.
Saalfeld a. S. Marie Heyn, Klostergasse 13.
Stettin. E. Gummert, Barnimstr. 89, rechter Seitenflügel, III r. — Carl Grohne, Philippstr. 12, S. r. 3 Tr.
Strasbourg i. C. E. Brehm, Bahngasse 3. — Arthur Wolf, Neuendorf, St. Urban 17.
Stuttgart. Hugo Werner, Scherffstr. 88, ptr. — Frau Frieda Maures, Hauptstätterstraße 75, S. I Tr.
Trier. Nikolaus Engel, Maarstr. 4. — Michael Schmidt, Palaststr. 17-18.
Vierlen. Joseph Schwels, Feldstr. 6. — Gustav Asbeck, Grefes-Allee 3.
Zwickau. Lina Förster, Reinsdorferstr. 8. — Paul Mehnert, Casselerstr. 53, III.
Verbandsvorsitzende: Paula Thiede, Berlin NO. 18, Geringerstr. 19, vorn II.
Verbandskassierer: Heinr. Lohahl, Berlin D. 34, Weidenweg 58, vorn IV.
Redaktion der „Solidarität“: E. Bucher, Berlin S. 59, Wichmannstr. 20, S. III.
Obmann der Redaktionskommission: Otto Bleich, Berlin N. 39, Bankstr. 51, Dugh. IV.
Vorsitzende der Revisionskommission: Frau Louise Hentschke, bei Strauß, Lindenstraße 16/17.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin, Zahlstellen I, II und III.

Sonntag, den 21. Juli 1907

Großes Sommer-Fest

in
Ludwig's Parkrestaurant u. Garten, Creptow, Köpenicker Landstr. 25-26

Großes Doppel-Konzert

ausgeführt von der Hauskapelle unter Leitung des Musik-Direktors Herrn Erbs und einer Kapelle des Verbandes der Zivill-Berufsmusiker unter Direktion des Herrn P. Blaudschekski und des Gelangvereins „Solidarität“ (M. d. R.-S.-B.), Dirigent Herr Dillenberger.

Eröffnung 2 Uhr. — Anfang des Konzerts 4 Uhr. — Programm 30 Pfg. — Kinder frei.

Bei eintretender Dunkelheit:

Großes Brillant-Feuerwerk

unter Leitung des Pyrotechnikers Herrn Kobel.

Im großen Saale von 4 Uhr ab Tanz. Herren 50 Pfg., Damen 20 Pfg.

Für Kinderbesuchungen aller Art ist geforgt. — Stocklaternen und Mützen gratis.

Kinder-Packelzug bei bengalischer Beleuchtung unter Leitung des Clowns „Toni“.

Programme sind in den Arbeitsnachweisen aller drei Zahlstellen zu beziehen.

Das Komitee.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 14.

Berlin, den 13. Juli 1907.

13. Jahrgang.

Der X. Verbandstag der Buchbinder

fand vom 24. bis 29. Juni in Nürnberg statt. Zum erstenmal war auch unserm Verband eine Einladung zugestellt worden. Die Kollegin Tiede nahm als Vertreterin unseres Verbandes daran teil.

Eine äußerst reichhaltige Tagesordnung war da zu erledigen. Die Punkte: Geschäftsbericht, Agitation, Unterstützungs- und Beitragsregelung sowie die Taktik bei Lohnbewegungen nahmen die weitaus meiste Zeit in Anspruch. Nach manchem Wort herber Kritik an dem Geschäftsbericht bzw. der verflochtenen Streitfälle zwischen dem Vorsitzenden und dem früheren Redakteur (Schmid) und Klarlegung mancher Irrtümer wurde der Geschäftsbericht angenommen und dem Vorstande, Kassierer sowie Redakteur Decharge erteilt. Der Punkt Lohnbewegungen wurde in geschlossener Sitzung verhandelt und in einer Resolution wurden Grundsätze festgelegt, die bei künftigen Bewegungen als Richtschnur dienen sollen. Die Diskussion war hierbei äußerst reg. Die Agitation soll ebenfalls intensiver betrieben werden, wobei von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert wurde, mehr dafür zu tun, daß Arbeiterinnen zur Agitationsarbeit herangebildet werden; ein Antrag, der das bejagt, wurde dem Vorstand überwiegen. Bei der großen Zahl weiblicher Mitarbeiterinnen im Buchbindergewerbe und seinen Nebenzweigen dürfte die Heranbildung von Arbeiterinnen zu Agitationsarbeiten als wirkliche Notwendigkeit anerkannt werden, denn von 59 Delegierten war nur eine Delegierte aus Berlin anwesend. Dabei sind in Berlin mehr als 3000 organisierte Arbeiterinnen bei ebenso viel organisierten männlichen zu verzeichnen. Im Verband selbst sind 11850 männliche und 8621 weibliche Branchenangehörige organisiert. — Die Anstellung von Lokalbeamten wurde ebenfalls aus Agitationsgründen empfohlen. Die Gausleiter hatten eine längere Resolution eingebracht, die einen Agitationsplan enthielt, der auch angenommen wurde. Ebenfalls wurde eine dieselbe Frage behandelnde Resolution von Dietrich (Stuttgart) angenommen. Die Beitrags- und Unterstützungsregelung bringen wir darum in genaueren Auszug, weil auch im Buchbinderverband zum ersten Male der Staffeleibeitrag eingeführt wird, und Unterstützungsgrundsätze und Einrichtungen beschlossen wurden, die auch für uns von Interesse sind.

Weitritt.

Das Beitrittsgehalt beträgt in der 1. u. 2. Klasse 25 Pf.
 „ „ „ 3. „ 4. „ 50 „

Weitrag.

Der wöchentl. Beitrag beträgt in der 1. Klasse 20 Pf.
 „ „ „ 2. „ 30 „
 „ „ „ 3. „ 50 „
 „ „ „ 4. „ 60 „

Es steht den weiblichen Mitgliedern frei, in der 1. oder 2. Klasse, den männlichen Mitgliedern steht es frei, in der 3. oder 4. Klasse zu steuern.

In der 2. Klasse können auf Antrag auch solche männliche Mitglieder aufgenommen werden, die bis zu 15 Mt. Wochenlohn verdienen.

Uebertrittsbestimmungen.

Uebertritt aus der 1. in die 2., sowie aus der 3. in die 4. Klasse können in der Regel nur am Quartalschluß nach vorausgegangenem vierwöchiger Annahme erfolgen. Beim Uebertritt von einer niederen in eine höhere Beitragsklasse werden die in der niederen geleisteten Beiträge ihrem Wert entsprechend für die höhere Beitragsklasse um- und angerechnet. Beim Uebertritt von einer niederen zu einer niedrigeren Beitragsklasse findet eine Umrechnung nicht statt. Die Unterstützung wird jedoch in den ersten 13 Wochen nach erfolgtem Uebertritt von einer niederen in eine höhere Klasse nach den für die bisherige Klasse geltenden Sätze gezahlt.

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt:

Für 1. Klasse:

An weibliche Mitglieder:

1. Nach 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag —,75 Mt. bis 22,50 Mt. = 30 Tage.

2. Nach 156wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung pro Tag 1,— Mt. bis 35,— Mt. = 35 Tage.

Für 2. Klasse:

An weibliche und an die in die 2. Klasse steuernden männlichen Mitglieder:

1. Nach 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung 40 Tage a 75 Pf. = 30 Mt.

Nach 104wöch. Mitgliedsch. 40 Tg. a 1,— Mt. = 40 Mt.

„ 156 „ „ 40 „ „ 1,25 „ = 50 „

„ 260 „ „ 40 „ „ 1,50 „ = 60 „

Für 3. Klasse:

1. 52 Wochenbeiträge 50 Tage a 0,75 Mt. = 37,50 Mt

2. 156 „ „ 50 „ „ 1,25 „ = 62,50 „

3. 260 „ „ 50 „ „ 1,75 „ = 87,50 „

Für 4. Klasse:

Nach 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung 70 Tage a 0,75 Mt. = 52,50 Mt.

„ 104wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung 70 Tage a 1,— Mt. = 70,— Mt.

„ 156wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung 70 Tage a 1,25 Mt. = 87,50 Mt.

„ 208wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung 70 Tage a 1,50 Mt. = 105,— Mt.

„ 260wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung 70 Tage a 1,75 Mt. = 122,50 Mt.

Krankenunterstützung.

Für 1. Klasse:

Weiblichen Mitgliedern kann nach 52-wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung eine Krankenunterstützung von pro Tag 40 Pf. auf die Dauer von 40 Tagen, in Summa 16,— Mt., gewährt werden.

Die Unterstützung beginnt mit dem achten Tage der Erkrankung. Ausgesteuerte Mitglieder können erst nach weiterer 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung auf neue Krankenunterstützung bestehen.

Für 2. Klasse:

1. 52 Wochen 50 Tage a 50 Pf. = 25 Mt.

2. 156 „ 60 „ „ 50 „ = 30 „

3. 260 „ 70 „ „ 50 „ = 35 „

Männliche Mitglieder erhalten im Krankheitsfall die Unterstützung der ersten Unterstützungsstufe.

Für 3. Klasse:

52 Wochenbeiträge 50 Tage a 50 Pf. = 25,— Mt.

156 „ 50 „ „ 75 „ = 37,50 „

Für 4. Klasse:

52 Wochenbeiträge 60 Tage a 50 Pf. = 30,— Mt.

156 „ 60 „ „ 75 „ = 45,— „

260 „ 60 „ „ 1 Mt. = 60,— „

Umsatzkosten

werden bei einer Entfernung von mehr als 25 Kilometer gezahlt, und zwar:

1. Klasse keine Unterstützung,

für die 2., 3. und 4. Klasse nach mindestens 104 Wochenbeiträgen 20 Mt., und steigt nach je weiteren 52 gezahlten Wochenbeiträgen um 5 Mt. pro Jahr, bis zur Höchstgrenze von 60 Mt. Den weiblichen Mitgliedern kann die Hälfte der Unterstützung gewährt werden.

Sinterbliebenenunterstützung.

Wie seither (d. h. nur für die 3. und 4. Klasse) wird Sinterbliebenenunterstützung gezahlt, und zwar nach 156 Beitragsleistungen auf 4 Wochen je 8 Mt. = 32 Mt.

Nach 260 Beitragsleistungen auf 6 Wochen je 10 Mt. = 60 Mt.

Nach 520 Beiträgen auf 8 Wochen je 12 Mt. = 96 Mt.

Nach 780 Beiträgen auf 10 Wochen je 14 Mt. = 140 Mt.

Nach 1040 Beiträgen auf 13 Wochen je 15 Mt. = 195 Mt.

Die Auszahlung erfolgt an die Hinterbliebenen in wöchentlichen Raten.

Sinterbliebenen- und Krankenunterstützung, ebenso Unzugs- und Arbeitslosenunterstützungen sind alte Einrichtungen die sich gut bewährt haben.

Der Vorsitzende Emil Moth wurde wiedergewählt, ebenso der Kassierer Gausen und Redakteur Michaelis. Der bisherige Sekretär Harder wurde als zweiter Vorsitzender neugewählt. Manches Wort der Kritik wurde gesprochen, aber trotz alledem mußte anerkannt werden, daß die Mitgliederzahl sich um ein Bedeutendes vergrößert hatte und damit alle daran geknüpften Hoffnungen vollaus erfüllt worden sind. Der Wunsch, daß alle graphischen Verbände einen regen Verkehr unterhalten mögen, und bei Lohnbewegungen die notwendigen Verhandlungen erfolgen, wurde wiederholt ausgesprochen, da an den einzelnen Orten nicht immer in dem Sinne zur rechten Zeit gehandelt wird. Gemeinsam zu entfaltende Agitationen wurden ebenfalls angeregt. Wir empfehlen unseren Ortsvorständen, die Gründung graphischer Kartelle nach Möglichkeit zu fördern und zu unterstützen, ebenfalls gemeinsame Agitationen soweit als möglich zu entfalten. Dem Deutschen Buchbinderverband aber wünschen wir weiteres Blühen und Gedeihen wie bisher.

Korrespondenzen.

Berlin, Bahnhofsstr. II. Eine außerordentliche Versammlung fand am 23. Juni mit folgender Tagesordnung statt: 1) Aufstellung der Kandidaten für den paritätischen Arbeitsnachweis. 2) Aufstellung der Kandidaten für den Kassiererposten und Rückfrage über die eventuelle Neuwahlbestimmung über die Weisiger: Kollegen Karl Schulz und Ost. Schäfer. 3) Mittelungen und Jahresberichte. 4) Wahl dreier Revisoren. Zunächst weist Kollege Moritz darauf hin, daß der Besuch der Versammlung leider ein so schwacher sei, daß es beinahe unmöglich ist, die so schwerwiegende Tagesordnung zu erledigen. Er schlägt diesfalls vor, die beiden ersten Punkte, da sehr dringend, zu erledigen und die anderen zurückzustellen. Kollege Sternitzky sowie die Kollegin Hornuth sind verstorben, beide waren in verschiedenen Ämtern in der Organisation tätig und erhebt sich die Versammlung zu Ehren der Verstorbenen von ihren Plätzen. Sodann wird das Protokoll von der vorigen Versammlung verlesen und angenommen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung macht Kollege Moritz bekannt, daß es gelungen sei, für den paritätischen Arbeitsnachweis in der Alten Jakobstraße 5 geeignete Räume zu erhalten, in denen auch die Bureau der Bahnhofsstellen I und II, allerdings getrennt vom Nachweis, untergebracht werden können. Ueber die entstehenden Kosten gibt Kollege Moritz in längerer Ausführungen näheren Aufschluß, um schließlich auf die Kandidatenfrage zu kommen. In letzterer Frage haben die beiden Vorstände eine kombinierte Sitzung abgehalten und haben sich dahin geeinigt, daß die Kandidaten von unserer Bahnhofsstelle gestellt werden. Die stattgefundenen Vertrauensmännergebnisse haben grundbesse die Kollegen Mahle und Fäbcke in Vorschlag gebracht. Zu diesem Punkte war der Vorstand der Bahnhofsstelle I anwesend und erklärte Kollegin Teske sich mit den Ausführungen Moritz einverstanden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß in Zukunft, falls der jetzt zu wählende Kollege den Anforderungen nicht gewachsen sei oder dieselben vernachlässige, schließlich auch die Kolleginnen einen Kandidaten aus ihren Reihen offerieren. Ueber diese Ausführungen entspinnt sich eine längere Diskussion, an der sich die Kollegen Weich, Fuß, Moritz, Bucher und Ernst Günther beteiligen, die teils den Standpunkt der Kollegin Teske anerkennen, teils nicht für richtig halten. Kollege C. Schulz wendet sich gegen die Kandidatur Mahle, der sich als Weisiger im Vorstand, weil angeblich jüngerer Kollege dies Amt nicht so schwer fälle, zurückziehen wollte. Dem tritt Kollegin Teske entgegen, wir brauchen hier als Nachweiser einen älteren Kollegen, der auch zuverlässig sei, mit der jüngeren Generation habe man schon verschiedentlich traurige Erfahrungen gemacht. Die Abstimmung ergibt schließlich die Aufstellung der Kollegen Mahle und Fäbcke als

Kandidaten und sollen diese per Urabstimmung gewählt werden. Ueber einen Kandidaten für den Kassiererposten konnte sich die Vertrauensmännerversammlung nicht einigen. Ein Teil der Kollegen war der Ansicht, daß der Kassierer seinen Posten im Nebenamt ausüben kann, ein anderer war für die Anstellung desselben. Es war deshalb erst zu entscheiden, ob eine Anstellung des Kassierers vorgenommen werden soll und entpinnst sich hierüber eine längere Debatte, an welcher sich die Kollegen Gloth, Weg und Käbiger, welche gegen eine Anstellung sind, und die Kollegen Sindermann, Selle, Bleich, Schäfer, Bergemann und Moritz, welche sich für die Anstellung aussprechen, beteiligen. Die Abstimmung ergibt mit 141 gegen 4 Stimmen die Annahme der Anstellung. Als Kandidaten werden in Vorschlag gebracht die Kollegen Baumgarten, Kruschinski, Selle und Stephan. Kollege Moritz verliert die §§ 4 und 6 des Statuts, nach welchen nur drei Kandidaten aufgestellt werden können. Es macht sich hierüber die Abstimmung über jeden einzelnen Kandidaten notwendig. Aus dieser gehen die Kollegen Baumgarten und Stephan hervor. Bei der Vespersprechung über die Neuaufstellung über die Weisheit C. Schulz und Schäfer wird ein Antrag vorgebracht, diese Abstimmung mit der des Nachweisers und Kassierers zusammenzulegen, angenommen. Die Auszählung der Stimmzettel soll am 27. Juni erfolgen und wird zur Unterstützung des Vorstandes bei derselben eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Ernst Günther, Fuß, Rodenberg, Hebede und Gloth, einstimmig gewählt. Kollege Gloth weist nochmals auf den schlechten Besuch der Versammlung hin und ersucht, für die Sommermonate die Versammlungen in der Woche festzulegen. Diesem Vorschlage soll nachgegeben werden. Kollege Spatzholz ersucht, noch die Wahl der Revisoren vorzunehmen. Dies ist jedoch nicht eher angängig, bis dem neuen Kassierer die Geschäfte übertragen sind und wird deshalb zurückgestellt. Kollege Moritz gibt bekannt, daß wir uns bei der Zusammensetzung des Tarifschiedsgerichts geirrt haben, daß ein Teil der Weisheit überflüssig ist. Derselbe setzt sich zusammen aus den Koll. Bucher, Baumgarten und der Kollegin Kürsch. Durch den plötzlichen Tod des Kollegen Sternicht verursachte der Jahresbericht sowie verschiedene andere Arbeiten 210 Mk. Untofen, die bewilligt werden, ebenso werden für die Angestellten zwei Wochen Ferien bewilligt. Die anderen Tagesordnungspunkte werden zurückgestellt und die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband und die Poststelle II geschlossen.

Leipzig. In der am 29. Juni im Pantheon abgehaltenen Mitgliederversammlung ehrte man zunächst das Andenken der verstorbenen Kolleginnen Elsa Kuper und Anna Nebel durch Erheben von den Plätzen. Hierauf erläuterte Kollege Schulze die Notwendigkeit des Hauskassierers. Er ging hierbei auf die Tätigkeit der bisher tätigen Kassierer ein, welche im Jahre 1905 Beiträge in Höhe bis über 1400 Mk. eingeholt haben, die, wenn dieses System nicht bestanden hätte, zum Teil für die Kasse verloren gewesen wären, da es sich hierbei meistens um säumige Zahler gehandelt hat. Nun ist leider in der letzten Zeit durch verschiedene Personenwechsel in dieser Einrichtung die Tätigkeit derselben nicht so fruchtbar gewesen wie vorher und wie es erwartet wurde, da aber die Mitgliederzahl immer größer und verzweigter wird und somit auch die Zahl der Lauen und Säumigen wächst. Aus diesem Grunde unterbreitet er einen Antrag der Verwaltung, der dahingehet, daß in Zukunft fünf ständige Kassierer ernannt werden, die ihre Tätigkeit nach einer bestimmten Stadtinteilung auszuführen haben und für ihre Mühe nicht 10 Prozent wie bisher, sondern 30 Mk. pro Jahr und Person erhalten sollen. Er bittet die Versammlung, von den diesbezüglichen Vorschlägen absehen zu wollen, da dabei erfahrungsgemäß nicht das erreicht werde, was man wünsche, sondern hierauf reflektierende Mitglieder, die vor allem über agitatorische Fähigkeiten verfügen müssen, sollen sich in den nächsten 14 Tagen im Verbandsbureau melden; von diesen wird dann der Vorstand die fünf Geeignetesten herausziehen. Da hierzu keine Diskussion gewünscht, wird dieser Antrag einstimmig angenommen. Des weiteren geht Kollege Schulze auf den in Nummer 12 der „Solidarität“ veröffentlichten Artikel des Kollegen Schmid-München ein, in welchem derselbe den Leipziger Lohnsatz einer abfälligen Kritik unterzieht. Er bedauert, daß Betreffender ohne jede Kenntnisse der Leipziger Lohnverhältnisse des Hilfspersonal vor Abschluß des Tarifs derartige auf falschen Vorstellungen beruhenden Ansichten veröffentlichte. Vor allem wäre wohl in Betracht zu ziehen, daß in Leipzig, der Zentrale des Buchhandels und somit auch des graphischen Gewerbes, sich ein Scharfmachertum innerhalb der Prinzipale gebildet

hat, das, begünstigt durch den Sitz des Buchhändlerhauses am Orte, mit ihren scharfmacherischen Gelüsten nicht nur die graphische Industrie über ganz Deutschland beherrscht, sondern diese namentlich in ihrem Wirkungsbereich ganz besonders zum Ausdruck brachten, da ihnen ganz genau bekannt war, daß die Leipziger Tarifkommission nur ungefähr 45 bis 47 Prozent des beschäftigten Hilfspersonal vertrat. Weiterhin war zu berücksichtigen, daß laut der aufgenommenen Lohnstatistik vor Abschluß des Tarifs noch 365 Anlegern unter dem jetzt festgelegten Minimallohn beschäftigt wurden, wie überhaupt der Durchschnittslohn derselben 10,48 Mk. betrug, sowie die Löhne der Hilfsarbeiter sich zwischen 17 bis 20 Mk. bewegten und die der Steinchleifer zwischen 17 bis 22,50 Mk. schwankten, mit 2 bis 3 Ausnahmen, welche bis 26 Mk. bekamen. Die Leipziger Tarifkommission ist sich wohl bewußt, daß sie durch ihre Zustimmung zu den abgeschlossenen Tarif nicht allein München gerecht geworden ist, aber sie habe sich von dem Standpunkt leiten lassen, daß ein annehmbarer Frieden besser sei als ein zweifelhafter Krieg. Angesichts dieser Tatsachen ist es gelinde gesagt, etwas unvorsichtig, wenn jemand, der mit den Leipziger Verhältnissen nicht vertraut ist, eine solche Kritik üben will, welche eine ungederete ist. Wenn weiter in diesem Artikel gesagt wird, daß Leipzig Löhne festgelegt habe, die in viel kleineren Druckstädten schon vor zwei und drei Jahren gesahnt worden wären, so ist dies vielfach dort anzutreffen, wo geübtes Druckerhilfspersonal wenig vorhanden ist, weil in der betreffenden Stadt die 1. oder 2. Druckerei nicht die ausschlaggebende Beschäftigungsart für ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen bildet, sondern andere größere Industriezweige lohnendere Arbeitsgelegenheit schaffen, und die Druckereiprinzipale ihre Löhne dementsprechend gestalten müssen, z. B. in Plauen ist es der Fall, daß daselbst beschäftigte Anlegern durchschnittlich 14 Mk. bekommen, weil eben in den dort dominierenden Spizen- und Gardinenwebereien dies die üblichen Löhne sind, dahingegen die männlichen Hilfskräfte auch nur mit 15 bis 16 Mk. entlohnt werden; daß diese lokalen Verhältnisse, die in jeder Stadt anders geartet sind und sich nicht schablونیfieren lassen, hätte Kollege Schmid berücksichtigen müssen, da ihn doch keine Tätigkeit als Gauleiter die verschiedenen gelagerten Verhältnisse vor Augen führt. Wenn man sich nun alle die bis dato für das Druckerhilfspersonal abgeschlossenen Tarife ansieht, so sei zu beachten, daß sie in betreff der Lohnsätze (die Berliner sind bei diesem Vergleich ausgeschlossen) nur sehr geringe Schwankungen aufweisen, sogar der Münchener macht hierbei keine Ausnahme, trotz der Tatsache, daß München schon den zweiten Tarif abschließt und daß, wie allen bekannt, München die teuerste Stadt innerhalb Deutschlands ist. In dem Artikel wird dann weiter ausgeführt, daß überall dort, wo Tarifverhandlungen mit den Prinzipalen geschlossen worden sind, auch das „ominöse grüne Sechsen“, das dem Kollegen Schmid stets eine Gänsehaut verursacht, bei dem Material der Prinzipale zu finden gewesen sei. Nun ist es wohl selbstverständlich, daß beide Verträge abschließenden Parteien das ihnen am günstigsten gelegene Material zur Stelle haben, z. B. in den Orten, wo bis dato höhere Löhne gezahlt worden sind, als wie im Leipziger Tarif festgelegt, wird auf Seiten der Leipziger Prinzipale stets mit dem Leipziger Tarif operiert werden, und umgekehrt werden auch wir bei derartigen Verhandlungen Tarifabschlüsse anführen, von denen wir wünschen, daß sie bei uns Geseh würden. Es ist doch nun eine allbekannte Tatsache, daß bei derartigen Verhandlungen geschachert wird, darum ist es Aufgabe der jeweiligen Tarifkommissionen, stets das Beste und und Möglichste für ihre Auftraggeber zu erreichen. Weiterhin bedauert Kollege Schulze, daß ihm die Redaktion der Verbandszeitung die Möglichkeit unterbunden hat, im Auftrage der Leipziger Verwaltung diese Angriffe richtig zu stellen, deshalb sehe er sich genötigt, in der Versammlung diesen unliebsamen Zwischenfall ausführlicher zu behandeln. Es entspann sich hierauf eine sehr rege Debatte, die sich im Sinne der Ausführungen des Kollegen Schulze bewegte. Kollege Paul Richter hob ganz besonders dabei hervor, daß er das Verhalten der Redaktion in diesem Falle nicht für korrekt halte, denn genau so, wie sie darauf Bedacht habe, daß Kollege Schmid durch den Artikel des Kollegen Schulze nicht beleidigt werde, ebenso mußte sie das Gefühl haben, daß durch die Ausführungen Schmidts der Leipziger Tarifkommission Unfähigkeit vorgeworfen und sie in den Augen ihrer Auftraggeber herabgesetzt wird, darum wäre es besser gewesen, wenn hier mit gleichem Maße gemessen worden sei. Folgende Resolution wurde sodann einstimmig angenommen: „Die am 29. Juni versammelten Mitglieder der Poststelle Leipzig sprechen ihr Bedauern über die vom Kollegen Schmid,

München, veröffentlichte unbegründete Kritik über den abgeschlossenen Leipziger Lohnsatz fürs Druckerhilfspersonal aus; sie stehen auf dem Standpunkt, daß unter den obwaltenden Umständen die Tarifkommission ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat, und sprechen derselben ihr Vertrauen aus.“ Nachdem verschiedene Verbandsangelegenheiten ihre Regelung gefunden und zur regen Agitation für das am 14. Juli im Albertgarten stattfindende Sommerfest aufgefordert worden war, fand die Versammlung ihr Ende.

Anmerkung der Redaktion: Es scheint in Leipzig nachgerade Mode zu werden, keine Versammlung vorübergehen zu lassen, ohne der Redaktion etwas an Zeuge zu schicken. Trotzdem außer dem Kollegen Schulze kein Mensch in Leipzig den Inhalt des fraglichen Artikels kennt, magt man sich ein Urteil darüber an, ob derselbe aufnahmefähig war oder nicht. Es muß hier erklärt werden, daß neben den unberechtigten persönlichen Angriffen gegen Kollegen Schmid-München, hauptsächlich die unverständliche und verworrene Schreibweise für die Ablehnung maßgebend war. Wir bedauern, dies hier sagen zu müssen, sehen aber keine andere Möglichkeit, dieser chronisch werdenden Märgelgucht entgegenzutreten zu können. Auf den sachlichen Inhalt des „Konfliktes“ werden wir in nächster Nummer zurückkommen.

Magdeburg. Die Versammlung vom 8. Juni war schlecht besucht. Kollege Gestein eröffnet die Versammlung und gibt die Tagesordnung bekannt. Die Protokolle der am 3. März und am 4. April abgehaltenen Versammlungen wurden gelesen und genehmigt. Unter Vereinsmitteilungen wies der Vorsitzende auf die Volksversammlungen im hiesigen Viktoria-Theater und auf die am 12. Juni stattfindenden fünf großen öffentlichen Volksversammlungen hin, welche sich mit der Steuererhöhung in Magdeburg befassen werden. Ferner gab derselbe noch bekannt, daß jeder Wohnungswechsel unverzüglich der Kassiererin mitgeteilt werden muß. Der 2. Punkt war: Kassenbericht vom 1. Quartal. Nachdem derselbe von den Revisoren bestätigt, wurde der Kollegin Zietzen Decharge erteilt.

Als dritten Punkt der Tagesordnung: „Unsere Lohnverhältnisse und ihre Konsequenzen“ gab Kollege Gestein bekannt, daß eine ganze Anzahl von Kollegen und Kolleginnen durch unseren Tarif schon eine Lohnverhöhung erhalten haben, und bedauerlicherweise nun dem Verband den Rücken kehren wollen. Des ferneren rügte derselbe das Verhalten eines Kollegen, welcher mehrere Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande war, sogar erst seinen Austritt erklärt hatte, wie Kollege Gestein leider zu spät erfuhr. Trotz alledem hat sich der Kollege nicht geschert, unter Abrechnung seiner rückständigen Beiträge seine Krankenunterstützung zu erheben. Kollege Klein nahm hierauf das Wort, rügte das Verhalten des Kollegen auf das schärfste und empfahl, in Zukunft bei solchen Vorkommnissen dem Kollegen die Unterstützung zu entziehen, sowie die im Rückstande befindlichen Mitglieder einfach auszuschließen, dem sämtlichen Anwesenden nach einer lebhaften Debatte zustimmen. Die hierauf von den Anwesenden aus verschiedenen Betrieben mitgeteilten Lohnzulagen waren, wenn auch nicht ganz befriedigend, so doch annehmbar. In einem Betriebe, welcher nicht der Prinzipalsorganisation angehört, wurde durch Vorgehen betreffs einer Teuerungszulage diese noch über unseren Tariflohn gewährt. Ueber die in letzter Zeit abgehaltenen Druckereiversammlungen konnte kein Bericht gegeben werden, da die uns fernstehenden Kollegen und Kolleginnen es vorgezogen, der Einladung keine Folge zu leisten. Selbst in einem anderen Betriebe, wo erst einige Tage zuvor eine Kollegin von dem Faktor geschlagen und gestorben wurde und sonst noch arge Mißstände vorhanden sind, hielten die Kolleginnen es nicht der Mühe wert, in der Druckereiversammlung zu erscheinen.

Nun Kollegen und Kolleginnen, es kann und darf nicht mehr so weiter gehen, darum hinein in die Organisation, damit Ihr dann imstande seid, solche Herren, die eine derartige Behandlung Euch zuteil werden lassen, auch die Fäuste zeigen zu können, und Ihr Euch nicht als Sklaven zu behandeln lassen braucht!

Nachdem noch Kollege Gestein bedauerte, daß bei unserem Ausfluge die Tagearbeiter sich sehr schlecht beteiligt hätten, gab derselbe den Kartellbericht. Als Besonderes hob er hervor, daß der Beitrag von 60 Mk. auf 50 Mk. ermäßigt sei und daß in dem Kartellstatut einige kleine Änderungen vorgenommen wurden; auch sei der hiesige städtische Arbeitsnachweis in schärfster Weise gerügt worden, da er der Karität, wie sie von einigen Berufen verlangt wird, nicht entspreche. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.